

FahrSchulPraxis November 2022 - Ausgewählte Artikel dieser Ausgabe im WWW > mehr ...

Durch Auswahl eines Links wird Ihnen der vollständige Artikel bzw. weitere Informationen dazu angezeigt:



642 [Inhalt](#)

641 [Editorial: Cannabis und Verkehrssicherheit](#)

646 [UPDATE: Es wummst! / Alerte Oma hält Enkel für Trickser](#)

650 [Neues BAG-Urteil zur Arbeitszeiterfassung: Was bedeutet das für Fahrschulen?](#)

656 [TrentinoTotal 2022: MotorradTOTAL - einzigartig \(Bericht als PDF-Datei\)](#)

664 [Danke für TrentinoTotal 2022](#)

668 [Explodierende Strompreise: Dem Elektroauto drohen hohe Mehrkosten](#)

674 [Berufskraftfahrer: Arbeitnehmerüberlassung im Güterverkehr](#)

686 [Global-Trust: Weltweites Vertrauen in was?](#)

688 Gerichtsurteile: [\(2559\) 22 km/h zu viel - vorsätzliche Geschwindigkeitsüberschreitung?](#) / [\(2560\) Recht des Abschleppens konkretisiert](#) / [\(2561\) Fahrzeughalter haftet nicht für in der Waschanlage abgerissenen Heckscheibenwischer](#)

[Mitglieder des FLVBW finden die FPX als PDF-Datei im Downloadbereich des internen InternetForums...](#)

UPDATE: Es wummst! / Alerte Oma hält Enkel für Trickser

© FahrSchulPraxis - Entnommen aus Ausgabe November/2022, Seite 646

Es wummst!

Die Betonung mancher Politiker lässt darauf schließen, dass man Wumms mit stimmhaftem Doppel-Martha schreibt. Daraus sollte man aber nicht schließen, es werde dank Doppel-Wumms diesen Winter in

den deutschen Häusern und Fabriken nie kalt werden. Die Preisbremse mit hoher Selbstbeteiligung für Gas und Strom wird uns lehren, sparsam mit der Energie und vielleicht auch stundenweise mit Energieausfall umgehen zu müssen. Mit mehr Strom jedoch könnten wir uns gegen Putins Gasembargo durch Weiterlaufen der drei Atommeiler helfen. Doch die Grünen sind aus Ideologie gegen die staatspolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit, das makellose AKW Emsland für ein halbes Jahr weiterlaufen lassen. Es brauchte ein Machtwort des Kanzlers, um Blackouts zu verhindern und die 200 Wumms-Milliarden ein wenig zu schonen.

Ist nun wieder Frieden in der Ampel? Wohl kaum. Denn die Stärkung der Grünen und die Schwächung der FDP in Niedersachsen lässt ahnen, dass die Zeiten für Autofahrer noch härter werden könnten. Hohe Spritpreise, das weiß man seit Jahren, passen den Grünen ins Konzept. Schon zu Zeiten der D-Mark verkündeten sie, der Benzinpreis müsse zur Schonung der Umwelt auf 5 Mark steigen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass demnächst eine *Verordnung über Fahrverbote und Geschwindigkeitsbeschränkungen für mit fossilen Kraftstoffen betriebene Kraftfahrzeuge* nach Muster vom November 1973 zur Diskussion steht. Ein solches Edikt würde nebenbei den Verkauf von reinelektrisch betriebenen Autos ganz ohne staatlichen Bonus fördern. Aber stünde dafür genug Ladekapazität zur Verfügung? Beim Blick auf das rasche Wachstum der Elektroflotte und die magere Ladestruktur ist schon jetzt vielen Besitzern von E-Autos bange, demnächst längs der Fernverkehrsstraßen in langen Warteschlangen vor den nur sporadisch vorhandenen Ladesäulen zu stehen.

Die Piesackerei der Autofahrer scheint in Deutschland politisches Programm geworden zu sein. Der allgemeinen Verteuerung des Kraftstoffs durch Krieg, Inflation und Rückgang der Ölförderung hätte längst eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer für Benzin und Diesel folgen müssen. Neben dem Abkassieren rufen die oft schikanösen Beschilderungen, die immer häufigere Sperrung und Verengung von Straßen sowie Staus durch unkoordinierte Maßnahmen im Straßenbau großen Unmut hervor. In die Kategorie der besonderen Ärgernisse gehört die latente grüne Ermutigung der „letzten Generation“, sich auf die Fahrbahnen zu kleben. Diese Straftäter gehören samt ihren ideologischen Büchsenspannern ohne viel Federlesen in den Knast. Die Geduld der Auto-Community wird durch obrigkeitliches Nichtstun und Gängelei tagtäglich strapaziert. Das wird dem Zusammenhalt der Gesellschaft auf Dauer nicht guttun.
GLH

Alerte Oma hält Enkel für Trickser

Ein 39-Jähriger aus Oberbayern bat seine im Bodenseekreis lebende Oma dringend um finanzielle Hilfe, weil er fürs Bezahlen einer Geldstrafe Geld brauchte. Der Enkel ging leer aus, denn die Oma hielt ihn für einen Betrüger. Weil die Oma die Geschichte nicht glaubte, rief sie die örtliche Polizei. Ausgelöst wurde die Geldnot des Enkels durch dessen Festnahme in einem Reisebus auf der Autobahn 93 bei Kiefersfelden (Landkreis Rosenheim), weil er nach einer Geldstrafe der Justiz 3.600 Euro schuldete. Die Bundespolizei in Rosenheim konnte das Missverständnis klären, sodass die Großmutter schließlich zahlte. Mit ihrer Hilfe hat der 39-Jährige seine Schulden abbezahlt und sich damit eine knapp vier Monate lange Haft im Gefängnis erspart. Quelle: Deutsches Anwaltsregister/Text: GLH